

## **Fragestunde**

**24. SPD-Fraktion**

**Abgeordneter Detlef Baer**

- Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Ladenöffnung -

Mit Urteil vom 1. Dezember 2009 hat das Bundesverfassungsgericht die im Berliner Ladenöffnungsgesetz verankerte voraussetzungsfreie allgemeine Ladenöffnung an allen vier Adventssonntagen für verfassungswidrig erklärt. Das Brandenburger Ladenöffnungsgesetz eröffnet den örtlichen Ordnungsbehörden bisher über die Ausnahmeregelung des § 5 die Möglichkeit, höchstens sechs Sonn- und Feiertage im Jahr als Verkaufssonntage für eine Ladenöffnung im Zeitraum von 13 Uhr bis 20 Uhr auszuweisen. Darunter können theoretisch auch alle vier Adventssonntage sein. In § 10 ist ergänzend geregelt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an höchstens zwei Adventssonntagen im Jahr beschäftigt werden dürfen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Auswirkungen hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 1. Dezember 2009 auf das Brandenburger Ladenöffnungsgesetz?

**25. Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordneter Dr. Andreas Bernig**

- Ladenöffnung an allen vier Adventssonntagen ist nicht verfassungsgemäß -

Am 1. Dezember 2009 erklärte das Bundesverfassungsgericht das Berliner Ladenschluss-Gesetz für verfassungswidrig. Die Berliner Regelung sah u. a. vor, dass an allen vier Adventssonntagen die Läden geöffnet werden dürfen. Die Verfassungsrichter wiesen in ihrem Urteil darauf hin, dass die Berliner Geschäfte werktags ohnehin rund um die Uhr, 24 Stunden lang, geöffnet sein dürfen. Bei einer Ladenöffnung auch noch an vier Adventssonntagen herrsche vier Wochen lang nur noch Alltag. Das aber sei mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren. Das Urteil schützt Arbeitnehmer und Familien. Neben Berlin sieht auch das Brandenburgische Ladenöffnungsgesetz (BbgLÖG) keinen besonderen Schutz der Adventssonntage vor.

Ich frage die Landesregierung: Welche Auswirkungen hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Berliner Ladenschluss-Gesetz auf das BbgLÖG?

**26. CDU-Fraktion**  
**Abgeordneter Steeven Bretz**  
- Energieeinsparung bei Landesliegenschaften -

Der Landesrechnungshof hat in seinem Jahresbericht unter anderem die jährlichen Energiekosten der Landesliegenschaften bemängelt. In dem Bericht heißt es: „Bis zu 1,8 Mio. Euro jährlich ließen sich Energiekosten einsparen, wenn alle untersuchten Liegenschaften die Wärme- und Stromverbrauchswerte erreicht hätten, die die Energieeinsparverordnung 2007 als Vergleichswert vorgibt. Jährlich rund 40 % der Liegenschaften überschritten diese Vergleichswerte beim Wärmeverbrauch, rund 25 % beim Stromverbrauch.“ Die Stellungnahme des Finanzministerium, wonach erst mit der Gründung des Brandenburgischen Landesbetriebs für Liegenschaften und Bauen der Aufbau eines Energiemanagements mit zentralisierten Komponenten möglich, weist der Landesrechnungshof zurück und hält die bisherigen Maßnahmen des Ministeriums für nicht ausreichend.

Ich frage die Landesregierung: Mit welchen Maßnahmen will sie dafür Sorge tragen, dass das Land seine Vorbildfunktion beim Energieeinsparen in öffentlichen Gebäuden gerecht wird?

**27. Fraktion GRÜNE/B90**  
**Abgeordnete Marie Luise von Halem**  
- Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz -

Zum Ende der letzten Legislaturperiode stellte der "Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz" seinen Endbericht vor.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Wird sie erneut einen Nachhaltigkeitsbeirat berufen, um die Landesregierung im Sinne einer nachhaltigen Politik zu beraten und die Öffentlichkeit für ein nachhaltiges Denken und Handeln zu gewinnen?

**28. SPD-Fraktion**  
**Abgeordnete Kerstin Kircheis**  
- Finanzielle Unterstützung des Bürgervereins Brandenburg-Berlin -

Aus Presseberichten war zu entnehmen, dass von einigen Landtagsabgeordneten der Vorschlag geäußert wurde, die Landesregierung möge den Bürgerverein Brandenburg-Berlin (BVBB) beim geplanten Klageverfahren gegen den Planfeststellungsbeschluss zum BBI finanziell unterstützen.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie beurteilt sie diesen Vorschlag?

**29. Fraktion DIE LINKE**  
**Abgeordneter Stefan Ludwig**  
- Wachstumsbeschleunigungsgesetz -

Am 18. Dezember 2009 soll der Bundesrat zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung entscheiden. Durch das Gesetzesvorhaben sollen Familien, Erben, Unternehmen und die Hotellerie mit insgesamt 8,5 Milliarden Euro entlastet werden. Diese Entlastungen sind mit zusätzlichen Steuermindereinnahmen für die Länder und Kommunen verbunden und nicht gegenfinanziert.

Ich frage die Landesregierung: Aus welchen Gründen wird sie wie im Bundesrat zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz abstimmen?

**30. CDU-Fraktion**  
**Abgeordnete Barbara Richstein**  
- Beteiligung des Landes Brandenburg am EU-Schulobstprogramm -

Das EU-Schulobstprogramm beinhaltet, dass Kinder und Jugendliche im Schulalter wenigstens einmal am Tag in den Genuss von frischem Obst kommen. Die Bundesländer stellen nach dem Schulobstgesetz den Kofinanzierungsanteil sicher, um die von der EU gewährte Gemeinschaftsbeihilfe in Anspruch zu nehmen.

Ich frage die Landesregierung: Ab wann und in welcher Form wird sich das Land Brandenburg an dem Schulobstprogramm der Europäischen Union beteiligen?

**31. SPD-Fraktion**  
**Abgeordnete Prof. Dr. Sieglinde Heppener**  
- KBV zum Zulassungsverfahren für niedergelassene Ärzte -

Der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Andreas Köhler, hat Anfang Dezember in den Medien einen Vorschlag zur Änderung des Zulassungsverfahrens für niedergelassene Ärzte geäußert. Demnach sollten Ärzte nur noch dann eine Praxis eröffnen dürfen, wenn der Zulassungsausschuss für diesen Standort eine freie Stelle anbietet. Die Rigidität dieses Vorschlags wird dabei mit der Dimension des drohenden Ärztemangels in ländlichen Regionen begründet. Bei der Verteilung der Arztsitze wird ferner auch die Mitwirkung von Patientenvertretern und der Landespolitik vorgeschlagen.

Ich frage die Landesregierung: Wie schätzt sie die Vorschläge des Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Bundesvereinigung ein?

**32. Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Christian Görke**- Kompensationen für die Zustimmung der schwarz-gelben Bundesländer zu Steuersenkungen? -

Das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz soll am 18. Dezember 2009 im Bundesrat verabschiedet werden. Mehrere schwarz-gelb geführte Bundesländer haben öffentlich ihre Zustimmung zum Gesetzentwurf, der zu weiteren Mindereinnahmen bzw. zusätzlichen Lasten der Bundesländer und Kommunen führen wird, infrage gestellt. Da die Bundesregierung im Bundesrat die Zustimmung aller schwarz-gelben Landesregierungen braucht, werden Zeitungsberichten zufolge verschiedene Kompensationsgeschäfte debattiert. In diesem Zusammenhang soll u. a. die Bundesbildungsministerin den Ländern als Ausgleich für Steuerausfälle angeboten haben, den Bundesanteil für Bildungsinvestitionen zu erhöhen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Kompensationsgeschäfte wurden ihr für die Zustimmung im Bundesrat zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz bzw. zu den weiteren Steuersenkungen vonseiten des Bundes angetragen?

**33. CDU-Fraktion****Abgeordneter Prof. Dr. Michael Schierack**- Neuregelung des AG SGB XII -

Zum 1. Januar 2007 hat der damalige Landesgesetzgeber die Zuständigkeit für die Ausführung des XII. Buches Sozialgesetzbuch auf die kommunale Ebene übertragen. Das Landesverfassungsgericht Brandenburg hat im Dezember 2008 entschieden, dass die Finanzierungsregelung gegen das Konnexitätsprinzip verstößt. Bis zum 1. Januar 2010 soll deshalb eine Neuregelung vorgenommen werden.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist die vorgesehene Zeitschiene für die Gesetzesnovellierung?

**34. Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Dr. Andreas Bernig**- Ausbau der Schleuse in Kleinmachnow -

Am 6. Dezember 2009 haben sich zum wiederholten Male Bürgerinitiativen, Naturschutzverbände und Vertreter aller Parteien anlässlich eines Protesttages gegen den geplanten Ausbau der Schleuse in Kleinmachnow ausgesprochen. An die Landesregierung wird die Aufforderung gerichtet, den Ausbau der Schleusenkammer auf eine Größe von 190 m abzulehnen bzw. zu stoppen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeit sieht sie, angesichts der vorgetragenen Einwände das geplante Projekt zu stoppen und ein erneutes Planfeststellungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung einzuleiten?

**35. Fraktion DIE LINKE**  
**Abgeordneter Christian Görke**  
- Einkommensteuer in Brandenburg -

Vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung angekündigten Steuersenkungen und des vom Bundestag beschlossenen Wachstumsbeschleunigungsgesetzes wird eine öffentliche Debatte darüber geführt, wer von den Steuerentlastungen insbesondere profitiert. Pressemeldungen zufolge zahlen 40 Prozent der Deutschen keine Einkommensteuer.

Ich frage die Landesregierung: Wie viel steuerpflichtige Brandenburgerinnen und Brandenburger zahlen aufgrund ihrer geringen Einkommen keine Einkommensteuer?

**36. CDU-Fraktion**  
**Abgeordneter Henryk Wichmann**  
- Wolfsinformations- und Beratungszentrum -

Schätzungen zufolge halten sich in Deutschland bereits 40 bis 50 Wölfe auf. Die Rückwanderung der Wölfe aus den westlichen Wojewodschaften Polens nach Brandenburg ist auch ein erklärtes naturschutzpolitisches Ziel des Landes Brandenburg. Mittlerweile gibt es in Brandenburg acht Tiere, die fast alle auf militärischen Übungsplätzen leben. Dem Einzelplan 10 des Haushalts 2008/2009 des Landes Brandenburg ist zu entnehmen, dass sich das Land Brandenburg an dem Länderprojekt „Wolfsinformations- und Beratungszentrum“ finanziell beteiligt.

Ich frage die Landesregierung: Welche Länder sind neben Brandenburg an dem Projekt Wolfsinformations- und Beratungszentrum für wie viele Jahre beteiligt?

**37. Fraktion DIE LINKE**  
**Abgeordneter Thomas Domres**  
- Mikrofinanzierungen II -

In der zweiten Hälfte des Jahres 2008 wurde der Bürgschaftsbank Brandenburg ein Bürgschaftsfonds für Mikrokredite aufgelegt. Nach der Prüfung durch die Servicegesellschaft FIDES übernimmt die Bürgschaftsbank eine 100 %-ige Ausfallbürgschaft gegenüber der Hausbank für sogenannte Mikrokredite.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie vor dem Hintergrund des nach wie vor unzureichenden Angebots von Kleinstfinanzierungen durch die Banken den Bürgschaftsfonds für Mikrokredite?

**38. Fraktion DIE LINKE**  
**Abgeordneter Thomas Domres**  
- Mikrofinanzierungen I -

Im Rahmen der 48. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft im September 2008 berichtete das Ministerium für Wirtschaft über die Auflage eines Fonds zur Finanzierung von Mikrokrediten. Bis zu 500 000 Euro sollen in den bei der Bürgschaftsbank Brandenburg gesondert geführten Fonds eingezahlt werden. Nach der Beantragung eines Darlehens bis zu 12 500 Euro bei der Hausbank erfolgt in einem Analyseverfahren durch die Servicegesellschaft FIDES die Kreditwürdigkeit des Unternehmens. Die Bürgschaftsbank akzeptiert dann die Kreditentscheidung der Servicegesellschaft und übernimmt eine 100 %-ige Ausfallbürgschaft gegenüber der Hausbank.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Unternehmen haben in welcher Höhe und zu welchen Konditionen die Bürgschaft für Mikrokredite bisher in Anspruch genommen?

**39. Fraktion DIE LINKE**  
**Abgeordnete Margitta Mächtig**  
- Abbau von bürokratischen Hemmnissen -

Im Ersten Gesetz zum Abbau von bürokratischen Hemmnissen im Land Brandenburg ist im § 2 unter Standardöffnungsklausel unter anderem geregelt, dass „zur Erprobung neuer Formen der Aufgabenerledigung oder des Aufgabenverzichts ... die jeweils fachlich zuständige oberste Landesbehörde im Einvernehmen mit der Staatskanzlei die Gemeinden, Ämter, Landkreise und Zweckverbände ... auf Antrag im Einzelfall von der Anwendung landesrechtlicher Standards befreien“ kann ... .

Ich frage die Landesregierung: Wie ist diese Regelung mit ihren Plänen, die Leitstelle für Bürokratieabbau und die Normenprüfstelle in das Ministerium des Innern zu überführen, insbesondere vor dem Hintergrund möglicher Interessenkollisionen, vereinbar.

**40. Fraktion DIE LINKE**  
**Abgeordneter Dr. Andreas Bernig**  
- Veranstaltung des „Fördervereins soziale Netzwerke e. V.“ am 3. Dezember 2009 in Ludwigsfelde -

Der „Förderverein soziale Netzwerke e. V.“ hat am 03.12.2009 eine Informationsveranstaltung und Podiumsdiskussion durchgeführt, in der Probleme der Grundsicherung für Arbeitssuchende thematisiert worden sind. Eingeladen war auch der Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie. Der Minister musste aus Termingründen kurzfristig absagen. Leider war auch kein Vertreter des MASFF anwesend.

Ich frage die Landesregierung: Inwieweit wird sichergestellt, dass der „Förderverein soziale Netzwerke e. V.“ durch das MASFF Informationen und Unterstützung bei der Beantwortung von Fragen erhält, die bei der genannten Veranstaltung aufgeworfen worden sind?